

Yekmal e.V.



FÜR MEHRSPRACHIGKEIT, BILDUNGSGERECHTIGKEIT UND DIE RECHTE DER KURDISCHEN COMMUNITY

Vor der Berliner Wahl im September 2026 richten wir als Verein der Eltern aus Kurdistan in Deutschland e.V. (Yekmal) dieses Positionspapier an die demokratischen Parteien und politischen Entscheidungsträger:innen



1. Einleitung

Yekmal e.V. ist ein seit 1993 bestehender Elternverein und gemeinnütziger Träger mit langjähriger Erfahrung in der Bildungs-, Beratungs- und Familienarbeit. Seit 2015 ist Yekmal e.V. anerkannter Träger der Jugendhilfe. In Berlin betreiben wir bilinguale Kindertageseinrichtungen und engagieren uns für die Rechte gleichberechtigte Teilhabe kurdischer Menschen in Deutschland, Mehrsprachigkeit und Chancengleichheit insbesondere für kurdische Familien in Bezug auf das Bildungs- und Gesellschaftssystem.

Vor der Berliner Wahl im September richten wir dieses Positionspapier an die demokratischen Parteien und politischen Entscheidungsträger:innen. Ziel ist es, die kurdische Identität anzuerkennen, die rechtliche Situation von kurdischen Menschen in Berlin zu stärken, strukturelle Benachteiligungen und Diskriminierungen abzubauen sowie Mehrsprachigkeit als gesellschaftliche Realität und Ressource verbindlich zu verankern.

2. Grundhaltung von Yekmal e.V.

- Mehrsprachigkeit ist Normalität in Berlin und kein Defizit.
- Herkunftssprachen sind Teil von Identität, Bildungserfolg und sozialer Teilhabe.
- Bildungsgerechtigkeit setzt sprachliche Anerkennung voraus.
- Migrantische und kurdische Organisationen sind gleichwertige Partner:innen der öffentlichen Hand.

3. Politische Forderungen

3.1 Stärkere politische Beteiligung von kurdischen Organisationen und generell Migrant:innenselbstorganisationen

Mit dem Partizipationsgesetz im Jahr 2021 ist ein großer Schritt getan worden, um die politischen Einflussmöglichkeiten von Migrant:innen und ihren Organisationen in Berlin zu stärken und die Verwaltung diverser sowie diskriminierungssensibler zu gestalten. Dies begrüßen wir sehr. Aber Partizipation und Migration sind keine Nischenthemen, sondern müssen als Querschnittsaufgaben verstanden werden, die alle Ressorts und Verwaltungen Berlins betreffen.

Wir fordern:

- Verbesserte Einbeziehung von Migrant:innenselbstorganisationen als Expert:innen bei politischen Entscheidungen in allen Ressorts der Verwaltung
- Stärkung der Position des Landesbeirates für Partizipation und Ausstattung des Landesbeirates mit ressortübergreifenden Aufgaben und Rechten
- Stärkung der Positionen der Partizipationsbeauftragten in den Bezirken
- Besetzung der Ämter der bezirklichen Partizipationsbeauftragten vorrangig mit Personen mit eigener Migrationsbiografie
- Besetzung der Beiräte für Migration in den Berliner Bezirken vorrangig und zu einem höheren Anteil mit Vertreter:innen vonseiten der Migrant:innenselbstorganisationen

3.2 Mehrsprachigkeit im Bildungssystem verbindlich stärken

Wir fordern:

- Die gleichwertige Anerkennung von Herkunftssprachen im Berliner Bildungssystem.
- Den Ausbau und die dauerhafte Sicherung des Erstsprachen Unterrichts (ESU).
- Die Verankerung von Mehrsprachigkeit als Ressource in Bildungsplänen von Kita bis Schule.
- Den Ausbau bilingualer Bildungsangebote in öffentlicher und freier Trägerschaft.

3.3 Spezifische Forderungen für die kurdische Community

Wir fordern:

- Die institutionelle Anerkennung des Kurdischen (Kurmanji, Sorani, Zazaki) als relevante Herkunftssprache in Berlin.
- Den flächendeckenden Ausbau von Kurdisch-HSU mit verbindlichen Qualitätsstandards.
- Die Möglichkeit, Kurdisch als prüfungsrelevante Sprache anzuerkennen.
- Politische und finanzielle Unterstützung bilingualer Bildungsmodelle (Kurdisch/Deutsch), insbesondere der geplanten Riza-Baran-Grundschule ab 2027.

3.4 Schutz vor Sprachdiskriminierung und Assimilationsdruck

Wir fordern:

- Ein klares politisches Bekenntnis gegen Empfehlungen, Herkunftssprachen im Elternhaus zu unterdrücken.
- Verbindliche Leitlinien für Kitas und Schulen zum wertschätzenden Umgang mit Mehrsprachigkeit.
- Fortbildungen für pädagogisches Personal zu Sprachhierarchien, Mehrsprachigkeit und Diskriminierung.
- Den Schutz kurdischer Kinder vor Stigmatisierung und struktureller Benachteiligung.

3.5 Stärkung von Elternpartizipation und Familien

Wir fordern:

- Mehrsprachige Informationen und Beratung in Bildungseinrichtungen und Behörden.
- Den Ausbau niedrigschwelliger Elternbildungsangebote.
- Die aktive Einbindung kurdischer Eltern in schulische Entscheidungsprozesse.
- Die Anerkennung von Eltern als Expert:innen für die sprachliche Entwicklung ihrer Kinder.

3.6 mehrsprachige Familienbildung

Der Zugang zu regionalen Familienzentren sowie Familienbildungs- und Beratungsangeboten ist für Familien mit Migrations- oder Fluchtgeschichte erschwert. Die derzeitige Struktur der Familienangebote ist nicht in ausreichender Weise geeignet, die jeweiligen Lebenswelten in kultursensibler Weise aufzugreifen und häufig verfügen die Familien (noch) über Barrieren in Bezug auf die deutsche Sprache.

Wir fordern:

- Erweiterung der Qualitätsstandards für Familienzentren um fachliche Kriterien für Mehrsprachigkeit und Kultursensibilität
- Zielgerichtete mehrsprachige und kultursensible Familienbildungs- und Familienberatungsangebote analog des Anteils in der Bevölkerung
- Umsetzung eines Berlinweiten Familienbildungszentrums Deutsch-Kurdisch

3.7 Nachhaltige Förderung migrantischer und kurdischer Träger

Migrant:innenselbstorganisationen sind noch keine gleichberechtigten Partner für die Berliner Verwaltung, denn noch bestehen große Barrieren bei der Förderung durch die Fachressorts. Auf der anderen Seite wird im Bereich der Migrant:innenspezifischen Finanzierung über die Senatsverwaltung für Partizipation, Integration und Migration ein überschaubares Budget festgelegt, welches dem umfangreichen Bedarf und den Anliegen von Migrant:innen unangemessen ist.

Wir fordern:

- Die Anerkennung der Expertise migrantischer und kurdischer Organisationen in bei Förderentscheidungen.
- Konsequente Berücksichtigung der Belange der Migrationsgesellschaft durch Erhöhung der Förderung für Migrant:innenselbstorganisationen analog des Anteils der Migrant:innen in der Berliner Gesamtbevölkerung.
- Bevorzugung von Migrant:innenselbstorganisationen bei Förderausschreibungen zum Themen der Migrationsgesellschaft bei gleicher Qualität der Bewerbung.
- Konsequenter Abbau der Barrieren für Migrant:innenselbstorganisation im Bereich der fachspezifischen Ressorts Gesundheit, Bildung, Soziales und der Regelfinanzierungen.
- Langfristige, strukturelle Förderung statt kurzfristiger Projektfinanzierung.
- Bürokratieabbau bei Förderverfahren.
- Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Verwaltung und freien Trägern.

3.8 Fachkräftegewinnung und Anerkennung

Wir fordern:

- Die Anerkennung mehrsprachiger Kompetenzen als fachliche Qualifikation.
- Gezielte Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme für mehrsprachige Fachkräfte.
- Den Abbau struktureller Hürden bei Anerkennungsverfahren.

3.9 Berlin als soziale und solidarische Stadt

Migrant:innen sehen sich mit vielen Barrieren bei der Durchsetzung ihrer Rechte und der Umsetzung ihrer Ansprüche gegenüber den Verwaltungen konfrontiert. Dies liegt an sprachlichen Barrieren, unverständlichen Verwaltungsverfahren und Zugängen, die die nicht nur für Menschen mit Migrations- und Zuwanderungsgeschichte nicht umsetzbar sind. Desweiteren ist die Berliner Beratungsstruktur um ein Vielfaches überlastet, da der Bedarf die Angebote bei weitem übersteigt. Die Beratungsstruktur in Berlin muss ausgebaut und den Belangen von Migrant:innen angepasst werden.

Wir fordern:

- Bedarfsgerechte Anpassung der Beratungsstellenlandschaft in quantitativer Hinsicht
- Veränderung der Beratungsstellenstruktur zu mehr Installation auch von Fachberatungsstellen bei kleinen und zielgruppenspezifischen migrant:innenorganisationen, die einen direkten Zugang zu den Menschen dieser Stadt haben
- Mehrsprachige und Barrierefreie Zugänge, die auch für Personen geeignet sind, die über wenige technische Möglichkeiten oder Deutschkenntnisse verfügen oder aufgrund anderer Problematiken höherschwellige Angebote nicht wahrnehmen können
- Installation von bürger:innennahen Servicestellen für die Umsetzung von Anträgen und Behördenkontakten im digitalen Verfahren
- Ergänzung dieser Beratungsstruktur mit niedrigschwelligen Fachstellen in den Bereichen Gesundheit, psychosoziale Versorgung, Bildung, Qualifizierung und Berufseinstieg, die mehrsprachige und kultursensible Zugänge bieten

3.10 Berlin ist eine Einwanderungsstadt und ein sicherer Ort für alle Zuwandernden

Berlin hat nicht nur eine Migrationsgeschichte, sondern wurde zu allen Zeiten von Migrant:innen aufgebaut, die aus den verschiedenen Regionen Deutschland, aber auch zu einem hohen Anteil aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland kamen. Dies ist auch die Gegenwart von Berlin und wird seine Zukunft sein. Menschenrecht, Menschenwürde und Willkommenskultur dürfen keine leere Floskeln sein, sondern müssen mit konkreten Maßnahmen unteretzt sein, die allen Zuwandernden zugute kommen.

Wir fordern:

- Quantitativer Ausbau einander ergänzender Strukturen von Asyl-, Migrationsrechts- und Einbürgerungsberatungsstellen, die von Berlin gefördert werden und vorrangig bei kleineren und zielgruppenspezifischen Organisationen (Migrantenselbstorganisationen) angesiedelt sind, damit der Zugang der einzelnen Zielgruppen garantiert ist.
- Verbesserte Kommunikationswege von Beratungsstellen zum Landesamt für Einwanderung mit verbindlichen Ansprechpersonen, um Einzelfälle schnell und unproblematisch zu klären
- Verschlinkung und Verkürzung der Verfahren
- Auslegung des Aufenthaltsrechts bei Ermessungsentscheidungen zugunsten von Bleibeperspektiven und Aufenthaltsverfestigung
- Überarbeitung der VABs des Landesamts für Einwanderung für weniger restriktive Verfahren und Interpretation des Aufenthaltsrechts zugunsten der Antragstellenden
- Stärkung der Härtefallkommission
- Umsetzung einer Kampagne für Einbürgerung

Und insbesondere für die kurdische Community: Umsetzung von Abschiebestopps durch die Berliner Landesregierung

- Abschiebestopp für Kurd:innen nach Syrien
- Abschiebestopp für Kurd:innen in den Iran
- Abschiebestopp für Jesid:innen

4. Schlusswort

Berlin ist eine Einwanderungsstadt. Der Anteil von Menschen ohne deutschen Pass lag im Jahr 2025 bei rund 25%, zusammen mit bereits eingebürgerten Zugewanderten beträgt der Anteil sogar 35-40%. Davon haben mindestens 150.000 Menschen einen kurdischen Hintergrund. Die Politik und die Verwaltung müssen dieser Diversität mit Anerkennung und Maßnahmen begegnen, die dieser Vielfalt angemessen sind. Für eine vielfältige und diverse Stadtgesellschaft, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Recht aller Berliner:innen auf Respekt, Teilhabe und Sicherheit.

Berlin ist eine mehrsprachige Stadt. Eine zukunftsfähige Bildungspolitik muss diese Realität anerkennen und gestalten. Kurdische Kinder und Familien brauchen keine Anpassungsforderungen, sondern institutionelle Unterstützung, Anerkennung und gleiche Rechte.

Yekmal e.V. steht bereit, seine langjährige Expertise in einen konstruktiven Dialog mit Politik und Verwaltung einzubringen.

**Mehrsprachigkeit ist ein Recht – keine Ausnahme.
Kurdisch gehört zu Berlin.**

Über uns

Yekmal e.V. ist am 9. Mai 1993 in Berlin gegründet worden. In über 32 Jahren Vereinsgeschichte hat sich Yekmal e.V. zu einem festen Bestandteil sozialer und zivilgesellschaftlicher Strukturen in Berlin entwickelt. Ursprünglich waren wir ausschließlich in Berlin tätig und unter dem Namen „Verein der Eltern aus Kurdistan in Berlin e.V. – Yekmal“ bekannt.

Aufgrund der steigenden Nachfrage und des wachsenden Bedarfs wurde 2020 die Satzung geändert, und seither agieren wir bundesweit als „Verein der Eltern aus Kurdistan in Deutschland e.V.“. Seit 2021 arbeiten wir in nun bereits vier Bundesländern als Partner*in der Politik und Verwaltung daran, die Öffentlichkeit für migrantische Perspektiven zu sensibilisieren und diese in gesellschaftliche Diskurse einzubringen.

Unsere Einrichtungen und Angebote erstrecken sich über Berlin hinaus auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bremen. An allen Standorten bieten wir ein breites Spektrum von Bildungs- und Beratungsangeboten für migrantische und insbesondere kurdische Familien an. Unsere Geschäftsstelle in Berlin übernimmt dabei eine bundesweit zentrale Rolle.



Pressekontakt

Shaswar Mame

Leiter der Öffentlichkeitsarbeit
& Medien



medien@yekmal.de



www.yekmal.de



Schönleinstr. 23, 10967 Berlin

